

Bestrafung als Teil des Protestes

Weswegen Verweise und Bußgelder den Klimaprotesten nützen

Stefan Kühl

Working Paper 3/2019

Die ersten Schulleitungen verkünden, dass sie zukünftig Bußgelder gegen Eltern durchsetzen werden, die ihre Kinder nicht an der Teilnahme der Klimademonstrationen hindern. Bei aller Sympathie für die Sache – so der Tenor – könne man nicht dulden, dass die Schulpflicht an Freitagvormittagen faktisch außer Kraft gesetzt werde. Wenn Schüler protestieren wollen, sollten sie dies bitte in ihrer unterrichtsfreien Zeit machen.

Dabei wird übersehen, dass der Erfolg der Klimaproteste damit zusammenhängt, dass diese als Streik während der Unterrichtszeit stattfinden. Erst dadurch, dass Schüler sich punktuell der Schulpflicht verweigern, erhalten sie überhaupt öffentliche Aufmerksamkeit. Sie verfügen damit über Protestmöglichkeiten, die den Studenten, die diese Demonstrationen unterstützen, nicht in gleicher Weise zur Verfügung stehen, weil sich letztlich niemand dafür interessiert, ob sie an einem Freitag an einer Vorlesung beziehungsweise Übung teilnehmen oder nicht.

Die Schüler nutzen dabei für ihre Proteste geschickt aus, dass sie zu den wenigen Gruppen gehören, die noch mit Zwang zur Mitgliedschaft in einer Organisation verpflichtet werden. Dass die Schulpflicht ursprünglich nicht wegen lernresistenten Schülern, sondern wegen Eltern eingeführt wurde, die ihre Kinder lieber zum Arbeiten als zum Unterricht schicken wollten, ändert nichts daran, dass die Schüler durch die Missachtung der Schulpflicht einen außergewöhnlich effektiven Hebel haben.

Die Prinzipienfrage

Nachdem die Proteste anfangs weitgehend ignoriert wurden, werden Verantwortliche jetzt zunehmend unruhig. Dabei ist klar, dass es bei den Bestrafungen nicht um den konkret verpassten Unterricht geht. Es gehört ein erhebliches Maß an Fantasie dazu, zu glauben, dass zwei verpasste Stunden Mathematik, Biologie oder Geografie an einem Freitag verhindern, dass aus einer Schülerin eine zukünftige Ingenieurin für alternative Antriebstechniken oder eine auf Klimawandel spezialisierte Meteorologin wird. Das Gegenteil trifft zu. Bekanntermaßen hat ein Engagement in Protestbewegungen eine motivierende Wirkung auf die Berufswahl, die selbst von sehr guten Lehrern nur schwer zu erzielen ist. Man braucht sich bloß die Juristin anzuschauen, deren Berufswahl auf Erfahrungen mit Polizeigewalt im Zuge von Friedensdemonstrationen zurückgeht, den in der Umweltbewegung sozialisierten Ingenieur, der alternative Techniken der Färbung von Kleidung entwickelt oder die Schriftstellerin und Politikerin, die darin Möglichkeiten sieht, ihre in nationalistischen Bewegungen gesammelten Erfahrungen zu einem Beruf zu machen.

Der Grund für die Sensibilität mit der einige Schulleiter aber auch Politiker auf die Klimastreike reagieren, ist ein anderer. Die offene Verweigerung der Schulpflicht stellt in der Wahrnehmung die formale Ordnung der Schule insgesamt in Frage. Organisationen reagieren generell sensibel, wenn Mitglieder sich offen weigern, auch nur eine Anweisung, eine Regel oder eine Aufforderung auszuführen. Wer auch nur „einer“ Vorschrift aus Prinzip die Anerkennung verweigert“, so schon der Soziologe Niklas Luhmann, rebelliert nicht nur gegen diese eine Vorschrift, sondern „gegen alle formalen Erwartungen“ der Organisationen.

Man kann diese Sensibilität gegen einzelne Verweigerungen wie durch ein Brennglas bei Armeen mit Wehrpflicht beobachten. Die explizite Aussage eines Soldaten, dass er nicht bereit sei, den Hof zu putzen oder sich am Exerzieren zu beteiligen, löst nicht deswegen erhebliche organisatorische Unruhe aus, weil ein sauberer Kasernenhof eine Grundbedingung für eine erfolgreiche Kriegsführung ist, sondern weil die Ablehnung auch nur dieser einen kleinen Anweisung als Rebellion gegen alle formalisierten Erwartungen der Organisation interpretiert werden muss und dadurch die Fähigkeit der Armee zur Kriegsführung abnimmt.

Intelligenter Umgang mit Verweigerung

Deswegen bilden gerade Organisationen die ihren Mitgliedern nicht die Wahl lassen, in der Organisation zu verbleiben oder diese zu verlassen, ein hohes Maß an Intelligenz aus, um mit Regelverstößen umzugehen. Man zieht die Verantwortung für die Regelverstöße nicht sofort in der Zentrale zusammen, sondern überlässt die Handhabung der Verstöße den unmittelbar Vorgesetzten. Diese können dann selbst überlegen, ob sie die Verstöße überhaupt zur Kenntnis nehmen, vorgeschobene Entschuldigungen akzeptieren oder offiziell Bestrafungen aussprechen, die aber faktisch weitgehend wirkungslos bleiben.

Insofern ist es vermutlich eine kluge Politik der Kultusministerien, den Schulen keine rigide Vorgehensweise gegen die Streikenden vorzuschreiben, sondern es den einzelnen Schulen selbst zu überlassen, wie sie mit den fehlenden Schülern umgehen wollen. Dabei wählen die meisten Schulen aus guten Gründen eine Vorgehensweise, die auf den Einsatz des zur Verfügung stehenden Bestrafungsapparats verzichtet, gleichzeitig aber die auf der Schulpflicht basierende formale Ordnung aufrechterhält. Das Fehlen von Schülern wird zwar nicht offiziell erlaubt, aber stillschweigend geduldet, Fehlstunden können durch die Beteiligung an Diskussionen über Klimaschutz kompensiert werden oder es werden Verwarnungen ausgesprochen und dabei mitkommuniziert, dass aus diesen keine Konsequenzen folgen werden.

Die Beatmung der Protestbewegungen

Wir wissen, dass Protestbewegungen – man denke nur an die Friedensbewegung, die Frauenbewegungen oder auch nationalistische Bewegungen – nach einer gewissen Zeit in sich zusammenfallen. Sicherlich, das Ergebnis von Protestbewegungen ist die Bildung professionell organisierter Lobbyorganisationen und die Entstehung von Parteien, die das Thema in die Parlamente treiben. Aber die Protestbewegung selbst – und das scheint fast ein ehernes Gesetz von Bewegungen zu sein – verliert zunehmend an Bedeutung und ist irgendwann kaum noch in der Lage eine nennenswerte Anzahl an Personen für ihre Proteste zu mobilisieren.

Eine rigide Vorgehensweise gegen Protestbewegungen wirkt für diese jedoch wie eine permanente Beatmungsmaßnahme. Insofern tragen Politiker, die harte Bestrafungen der Protestierenden fordern, und Schulleiter die alle rechtlich möglichen Wege die Schlupflicht durchsetzen, nutzen, entscheidend zum anhaltenden Erfolg dieser Protestbewegung bei. Den größten Gefallen den Politiker und Schulleiter den Schülern tun könnten, wäre die Bestrafungen weiter eskalieren zu lassen. Insofern können die protestierenden Schüler nur hoffen, dass bald die ersten von ihnen aufgrund ihrer Proteste aus der Schule entfernt, die ersten Eltern zu Bußgeldern verurteilt und die ersten Politiker über Beugehaft gegen Schüler oder Eltern zur Durchsetzung der Schulpflicht phantasieren würden.

Stefan Kühl ist Professor für Soziologie an der Uni Bielefeld und forscht über Organisationen mit Zwangsmitgliedschaften.